

## **ARE-Kurzinformation Nr. 279**

*Serienfax u. E-Mail-Kette vip 2015*

*Liebe Mitglieder und Mitstreiter unseres Zusammenschlusses,  
sehr geehrte Förderer und Freunde der ARE mit besonderem Engagement für den Rechtsstaat, Mitwirkende  
in unserer Allianz für Aufarbeitung und Kurskorrektur,  
für Wiedergutmachung, Unrechtsbereinigung und Aufbau Ost,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

Plänitz, 04. November 2015

Herbstzeit ist Planungszeit! In diesem Sinne stimmen wir uns und die Mitstreiter auf das „ARE-Aktionsprogramm für 2016“ ein und stellen die wichtigen und richtigen Weichen. Denn es gibt Besonderes, zu tun und aus jüngsten Entwicklungen die Folgerungen zu ziehen und sowohl zurückzublicken als auch nach vorn zu agieren. In dieser Kurzinfo ist darüber zu berichten und für die angesprochenen Inhalte um Ihr waches Interesse zu werben, um Ihre Aufmerksamkeit und nicht zuletzt um aktive Mitwirkung – gerade jetzt.

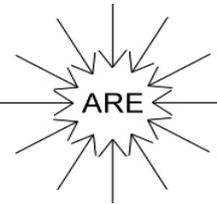
Zu einigen der **Themen**:

### 1. Aufarbeitung und Handlungsbedarf in allen jungen Ländern – Zwischenbericht und Aktionen.

Wir hatten bereits mehrfach dargestellt, warum die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der von uns maßgeblich mit gestalteten „Enquete-Kommission Brandenburg“ (2011-2014) als Blaupause und „Steilvorlage“ für die anderen jungen Länder gelten soll. Wir berichteten, was wir unternehmen, um dieses beispielhafte „Pilotprojekt“ mit Nachhaltigkeit auf den Weg bringen. Mit dieser Ausdauer unterscheiden wir uns von den meisten verantwortlichen Politikern – leider.

Nach intensiver Vorbereitung, unterstützt von der vorzüglichen Aktionsgruppe vor Ort haben wir Sachsen-Anhalt zum „Schwerpunktland 1. Halbjahr 2016“ ausgerufen, und zwar nach einer **Tagung am 27. Oktober**, die im Landtag in Magdeburg stattfand, an der u.a. drei hochrangige Vertretern der derzeitigen Regierungspartei CDU mit konstruktiven Beiträgen teilnahmen. Wir legen z.Zt. die Details des Programms für dieses wichtige Bundesland fest, in dem ja auch 2016 die Landtagswahl ansteht. Die ARE wird auch einen angepassten Vorschlag für einen Gesetzentwurf im Rahmen des relativ neuen Bund/Länder-Abkommens von 2013 lancieren, der in Brandenburg qua Entwurf bereits früher von der Fraktion der Bündnisgrünen als ein Entwurf zu einem „Bodenreform-Wiedergutmachungsgesetz“ vorgelegt worden war, dann von allen drei Oppositionsparteien befürwortet war, allerdings von der rot-roten Regierung in äußerst verwerflicher und undemokratischer Weise von der Tagesordnung genommen worden war und so gar nicht erst sachlich, z.B. in den Ausschüssen, wie sonst üblich, diskutiert werden konnte.

Gleichzeitig laufen unsere Bemühungen weiter, für eine gezielte und nachhaltige Umsetzung des Abschlussberichts der „Enquete-Kommission Brandenburg“ zu sorgen: Eine Große Anfrage der CDU-Opposition im Landtag führte jetzt (immerhin) zu einer rund 30seitigen Antwort der Woidke-Regierung, die wir gerade dezidiert prüfen. Sollte die Auswertung konstruktive Initiativen



ermöglichen, werden wir an der Umsetzung mitarbeiten und die einzelnen Schritte fachlich-sachlich begleiten. In dieser Richtung werden wir, vor allem zusammen mit den – wie wir hoffentlich mitgestaltenden drei Oppositionsparteien in den nächsten Wochen Gespräche auf Fraktionsebene führen, zu denen wir eingeladen sind. Wir hoffen auch auf Kontakte mit der – leider im Wesentlichen unwilligen Regierungsseite, allerdings gibt es im Dezember ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten im Rahmen der Kontakte der Opferverbände politischer Verfolgung bei dem der Bundesvorsitzende die dringendsten Punkte ansprechen wird.

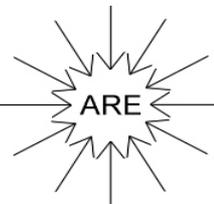
Im Sinne unserer Planung, das Brandenburg-Modell auch in die anderen jungen Länder angepasst und angemessen zu übertragen, findet bereits in dieser Woche, am **05. November in Güstrow** in Mecklenburg eine weitere Veranstaltung statt, diesmal schwerpunktmäßig zum Thema Landwirtschaft und zu den Problemen im ländlichen Raum. *Wir legen unseren Mitstreitern und den zahlreichen Betroffenen in MV dieses Treffen sehr ans Herz und bitten „Flagge zu zeigen“* Veranstaltet nach Abstimmung von der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen und im Zusammenwirken mit Parteien und der UOKG werden wir – auch unterstützt von unseren Mitgliedern und Betroffenen aus MV- den zentralen Gedanken der Aufklärung und des Handlungsbedarfs ( siehe Brandenburg-Vorlage) bei der Aufarbeitung massiv nach vorn zu bringen versuchen und die deutlichen Parallelen zwischen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern herausarbeiten. Dabei können wir an eine erfolgreiche Vorgänger-Veranstaltung im Juni 2014 anknüpfen, die auf Initiative von Grünen-Abgeordneten im Schweriner Landtag zustande gekommen war und bei der wir die dramatischen Defizite in MV in die Debatte brachten, die nun hoffentlich auch zu politischen Konsequenzen führen wird.

Auch in Sachsen und Thüringen sind die Weichen für eine spannende ARE-Initiative gestellt!

## 2. „Das Einigungswerk von 1990 und seine Schattenseite“ - 1. Kongress der ARE/ FRE zusammen mit der UOKG in Potsdams Gedenkstätte Lindenstraße 1. Teil

Im Saal des zur Erinnerungszentrum umgestalteten früheren Gefängnisses, wo in der DDR-Zeit vornehmlich politische Häftlinge unter schlimmsten Bedingungen einsaßen, fand am **30. Oktober** der erste gemeinsame Kongress mit dem Blick auf die Wiedervereinigung, deren Erfolge und Ergebnisse nach 25 Jahren – und deren Defizite und Schattenseiten statt.

In der Einleitung hatten bereits der stellv. UOKG- Bundesvorsitzende *Ernst-Otto Schönemann* und der ARE-Bundesvorsitzende *Manfred Graf v. Schwerin* im Rückblick die Wiedervereinigung gewürdigt. Es wurde aber zugleich mit Hinweis auf die dringlich verbleibenden Aufgaben die Defizite benannt. Beide Sprecher der Zusammenschlüsse wandten sich gegen die Ausblendung der Schattenseiten für die Opfer und Geschädigten und die deutliche und folgenreiche Beschädigung des Rechtsstaates. Was vor allem auffiel - so die kritischen Anmerkungen – war, dass in den Festreden aus Anlass der Feiern zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung die ernsthafte Auseinandersetzung mit den konkreten Defiziten fehlte, allein in der ARE - Übersicht werden sechzehn sogen. „Erosionsbereiche“ aufgelistet, die den Rechtsstaat in seiner Schiefelage zeigen. Nach der Auftakt-Diskussion beschrieben die namhaften Rechtsanwender *Dr. Christoph Partsch* und *Dr. Robby Fichte* anschaulich die Handlungsweise der Treuhänder und ihrer Nachfolger und sparten in ihren Erfahrungsberichten und deren grundsätzlicher Wertung nicht mit konstruktiver Kritik, aber auch mit scharfsinnigen Analysen der Motive, Gründe und Fehlentscheidungen, die den Verantwortlichen zuzurechnen sind, denen man nicht immer „edle Absichten“ zugutehalten könnte... Der in diesem Kontext gegebene aktuelle Bericht zum „Fall Strausberg“ ( mit seinen



neuen Beweis-Unterlagen) des langjährigen ARE-Mitstreiters Friedhelm Zapf ergänze dieses Bild. Alle 3 Darstellungen belegen: offene und auf Lösung wartende Fragen, dazu auch schwärende Wunden, die ohne Aufarbeitungswillen nicht zu Rechtsfrieden führen können. Eine zentrale Aufgabe, die sich die Allianzen für mehr Gerechtigkeit UOKG und ARE weiter zu stellen haben. Dass diese Problematik erkannt und von den Mitgliedern mit getragen wird, belegte eine lebhaft ausgeführte Aussprache, die sich in der Mittagspause des Treffens fortsetzte. -

Der 2. Teil der Gemeinschaftsveranstaltung ARE/FRE/ UOKG folgt in der nächsten Kurzinformatio. Übrigens kann auch eine Aufzeichnung der Vorträge als CD bei uns bestellt werden.

Für heute verbleiben wir mit den besten Wünschen

Ihr ARE-Team mit  
Manfred Graf v. Schwerin



**ARE-Pläinitz** : Hofstraße 5, 16845 Pläinitz bei Neustadt/Dosse, Tel.:033970/ 518-74 /-76, Fax 033970/ 518-75

**ARE-Zentrum Hessen**: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624/ 9262-58, Fax: 05624/ 9262-68

e-Mail: are-pl@gmx.de, Internet: [www.aren-rg.de](http://www.aren-rg.de)

Facebook: [www.facebook.com/are.planitz](https://www.facebook.com/are.planitz)

**Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin** BIC: GENODEF 1NPP IBAN: DE68 1606 1938 0 103 0 127 94